

Fahrdienst . . .

Fortsetzung von Seite 12

derauslastung belief sich auf rund 35 Prozent. Die volle Kapazität von 47 Fahrzeugen wurde an keinem Tag in Anspruch genommen. Lediglich an einem Tag waren 41 Fahrzeuge gleichzeitig im Einsatz, so daß sechs Fahrzeuge als „ungenutzte Überkapazität“ angesehen werden.

Die Minderauslastung beim Personaleinsatz erreichte mehr als ein Drittel der um persönliche Ausfallzeiten und Vertretungszeiten bereinigten Arbeitszeit. 27,2 Prozent der bereinigten Arbeitszeit waren außerhalb eines Fahreinsatzes in den Räumen des Fahrdienstes verbrachte unproduktive Wartezeiten. Die Kosten je gefahrenen Kilometer lagen um rund 50 Prozent über den damals maßgeblichen Taxikosten. Die vom Fahrdienst erbrachte Fahrleistung verursachte im Vergleich zu Taxigebühren jährliche Mehrkosten von rund 800 000 DM.

Aufgrund der festgestellten Unwirtschaftlichkeit des Fahrdienstes hatte der LRH einen Katalog von Maßnahmen aufgestellt. Unter anderem forderte er die Umstellung der Nahbereichsfahrten auf Taxis, die Reduzierung des Bestandes an Fahrzeugen und Fahrern auf je 35 und die Einführung einer differenzierten Betriebskostenabrechnung.

Die Staatskanzlei hatte sich in einer Stellungnahme in allen wesentlichen Punkten der Auffassung des LRH angeschlossen und bereits zugesagt, bis Ende 1983 den Bestand an Fahrzeugen und Fahrern um je sieben zu verringern. Allein diese Maßnahme führt zu einer jährlichen Einsparung von 525 000 DM. Langfristig wird vom LRH und von der Staatskanzlei die Einführung einer Betriebskostenrechnung für den Fahrdienst angestrebt. Zur differenzierten Erfassung der Betriebskosten führt die Staatskanzlei in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983 Erhebungen durch, deren Auswertung 1984 erfolgen soll.

Zur Prüfung der staatlichen Büchereistellen trug Abgeordneter Paumen (CDU) als Berichterstatter das Prüfungsergebnis des LRH vor. Dieser hatte festgestellt, daß ein Teil der für diese Büchereistellen ausgebrachten Personalstellen für eine Förderung des öffentlichen Büchereiwesens nicht mehr erforderlich und weitere Ersparnisse aus organisatorischen Anpassungen zu erwarten seien.

Zu dem Vorschlag des Rechnungshofes, die staatlichen Büchereistellen künftig in die Behörden der Regierungspräsidenten einzugliedern, erhebt der Kultusminister keine grundsätzlichen Bedenken mehr. Ein Ministeriumssprecher wies jedoch auf die vom Innenminister erwähnte Möglichkeit hin, die Zuständigkeit auf die Landschaftsverbände zu übertragen. Da sich die Projektgruppe Landschaftsverbände auch mit dieser Frage befaßt, stand zur Diskussion, ob der Bericht dieser Projektgruppe abgewartet werden soll.

Abgeordneter Dahlhof (SPD) vertrat die Meinung, daß der Ausschuß unabhängig vom Bericht der Projektgruppe einen Beschluß zu den Feststellungen des LRH fassen sollte. Auch der Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Schwartz, betonte, es sei davon auszugehen, daß die staatlichen Büchereistellen mit kommunaler Hilfe Landesaufgaben wahrnehmen.

Porträt der Woche



Helmut Müller (SPD)

Er sagt, er sei eine „Rarität“ in der SPD-Landtagsfraktion. Und er sei ein „Spätberufener“. Und er lächelt bei beiden Bemerkungen verschmitzt, ganz so, als ob er sich wohl fühle als spätberufene Rarität. Die Rarität bezieht sich auf Helmut Müllers Beruf. Der SPD-Abgeordnete aus Düren ist selbständiger Vertriebskaufmann. Und die Selbständigen sind tatsächlich dünn gesät in der Regierungsfraktion. Spätberufen ist Helmut Müller in doppelter Hinsicht. Einmal, weil er erst 1967, damals immerhin „schon“ 36 Jahre alt, Mitglied der sozialdemokratischen Partei wurde. Spätberufen ist er aber auch als Landtagsabgeordneter, gehört er dem Parlament doch erst seit dem 11. Oktober 1982 an. Er ist also noch ein richtiger Neuling im Landtag. Als solcher weiß er natürlich, daß nicht alle Wünsche sofort in Erfüllung gehen. Daß er als stellvertretender Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS) nicht dem Wirtschaftsausschuß des Parlaments angehört, wo er sein eigentliches Betätigungsfeld sieht, sondern sich zunächst mit einem Sitz im Ausschuß für Schule und Weiterbildung begnügen mußte, nimmt er mit der gebotenen Gelassenheit des Neulings. Ihm sei nie etwas geschenkt worden, und er habe dennoch das meiste von dem erreicht, was er sich vorgenommen habe, mahnt sich Müller selbst zu Geduld. Wie kommt ein selbständiger Kaufmann in die SPD, macht dort so etwas wie eine kommunale Karriere und erringt gar einen der begehrten Plätze im Düsseldorfer Landtag? Helmut Müller muß da etwas ausholen, um das zu erklären. Sozialdemokratisch angehaucht sei sein Elternhaus in Düren schon immer gewesen, wenn Mutter und Vater auch nicht Mitglied der Partei gewesen waren. Das Gymnasium – Müller: „Ich war der erste in der Familie, der eine höhere Schule besuchte“ – mußte er nach der mittleren Reife verlassen, um Geld zu verdienen, weil der schwerkriegsbeschädigte Vater als Frühinvalide die Fabrik verlassen mußte und seitdem jeder Pfennig umgedreht wurde im Hause Müller. Helmut Müller machte eine Lehre als Industriekaufmann, bildete sich später fort an der Kölner Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, unterzog sich einer Spezialausbildung als Büroorganisator. Doch überall hatte er dabei – er lächelt wieder, wenn er sich dessen erinnert – einen „unheimlichen Freiheitsdrang“. So war es nur logisch, daß er sich 1963 als Vertriebskaufmann selbständig machte. Erst vier Jahre später wurde Helmut Müller Mitglied der SPD. Hans Iven, damals Bundestagsabgeordneter in Düren, heute – noch – Bundesbeauftragter für den Zivildienst, überzeugte den nicht mehr ganz jungen Mann, daß es nicht ausreiche, über Mehrheiten, die einem nicht passen, nur zu mosern. Heute ist Helmut Müller Vorsitzender des Dürener SPD-Ortsvereins. Ein Selbständiger an der Spitze eines SPD-Ortsvereins, der dazu noch mit den

Jungsozialisten zu Hause ordentlich auskommt, so ordentlich, daß die sogar seine Kandidatur für den Landtag mit unterstützten – dies gibt es nicht oft in der SPD. Und das ist wohl auch der Grund, warum sich Helmut Müller auch als Neuling sicher fühlt im Düsseldorfer Landtag, gut aufgehoben und gut aufgenommen (er betont es ausdrücklich) von den Kollegen in der SPD-Fraktion. In seiner Jugend war Helmut Müller stark in der katholischen Jugendarbeit engagiert. Das „Christentum der Tat“ sieht er noch heute in der SPD besser vertreten als in der Partei, die das Christlich im Namenszug führt. Er gehöre „weiß Gott“ nicht zum linken Flügel der Partei, sei auch kein „Sozialist schlechthin“. Aber er habe seinen Marx genau gelesen, schätze ihn als scharfen Analytiker und brauche deshalb Diskussionen mit den jungen Leuten in der Partei nicht zu fürchten. Nicht zu theoretisieren, sondern den „kleinen Leuten“ zuzuhören und ihre berechtigten Forderungen in der „großen Politik“ durchzusetzen – darin sieht Helmut Müller seine Aufgabe im Düsseldorfer Landtag. Eine „grundsolide Politik“ müsse die SPD betreiben, verlangt der grundsolide Mann aus Düren. Dann kämen auch wieder bessere Zeiten für die SPD als jener 6. März 1983, der auch ihm, Helmut Müller verheißt es gar nicht, schwer in die Knochen gefahren sei. Eine grundsolide Politik – das heißt für Helmut Müller zuallererst und ganz konkret: Sicherung der Arbeitsplätze. Seine Losung für die nächsten Jahre: „Auf Erfahrung aufbauen, aber abgeschlossen sein gegenüber allen neuen Problemen.“ Dabei vergißt Helmut Müller aber nicht, besonders mit Blick auf die jungen Leute, hinzuzusetzen, daß „demokratisch nur Dinge machbar sind, für die es per Stimmzettel eine Mehrheit gibt“. Diese Mehrheit endlich auch einmal in seiner Heimatstadt Düren zu erreichen, liegt dem Abgeordneten womöglich noch dringlicher am Herzen als die Arbeit in Düsseldorf. Er gesteht es freimütig ein: „Meiner Heimatstadt bin ich sehr verbunden“ – es klingt wie ein Geständnis, das man eigentlich Frauen, nicht aber Städten macht.

Reinhard Voss